

Ihre **CDU** Fraktion: **Bernhard Weick im Gespräch**

Bernhard Weick

64 Jahre,
Textilkaufmann,
stv. Fraktionsvorsitzender,
Stadtrat seit 1971.
Betreuungsstadtrat für die Weststadt.
Mitglied u.a. im Bau-, im Planungs- und im Hauptausschuss, Aufsichtsrat der Kongress- und Messe GmbH und Aufsichtsrat des Städt. Klinikums.



Sicherungssysteme. Umso verwunderlicher ist es aber, dass nirgendwo die Kluft zwischen Erkenntnis und Handeln so groß ist wie in diesen, für die Zukunft unserer Gesellschaft so wichtigen Feldern.

Wo zeigt sich dies in der Karlsruher Kommunalpolitik?

„Es hat sich vor kurzem im Gemeinderat gezeigt: nahezu alle Parteien, Verbände und Institutionen betonen immer wieder, dass Steuererhöhungen Gift für ein notwendiges Wirtschaftswachstum seien und sie sich geradezu kontraproduktiv auf den Arbeitsmarkt auswirken würden. Dennoch verlangt der Deutsche Städtetag eine Erweiterung der Bemessungsgrundlage für die Gewerbesteuer sowie die Ausdehnung auf die freiberuflich Tätigen. Und dies vor dem Hintergrund, dass die Gewerbesteuer innerhalb der EU als Auslaufmodell gilt. Österreich z.B. hat die Gewerbesteuer völlig abgeschafft und wirbt erfolgreich für eine Industrie- und Gewerbeansiedlung.“

Wenn Sie die Gewerbesteuer in Frage stellen, wie wollen Sie dann die Finanzmisere der Gemeinden überwinden?

„Die unbestreitbar großen Finanzprobleme der Kommunen müssen mit den richtigen Mitteln gelöst werden. Hierzu gehört das konsequente Ausschöpfen der noch zahlreich vorhandenen Einsparpotenziale bei den Kommunen.

Wir müssen die Aufgaben und Lasten zwischen Bund, Ländern und Gemeinden gerechter verteilen. Ferner brauchen wir eine Finanzzuweisung an die Kommunen, damit diese ihre Aufgaben auch tatsächlich erfüllen können.

Zum Stichwort Aufgabenverteilung: wir beobachten, dass immer mehr Aufgaben von Bund und Ländern an die Kommunen delegiert werden...

„Ja richtig, aber beide drücken sich davor zu bezahlen. Es muss das Konnexitätsprinzip gelten – also ganz einfach: wer die Musik bestellt, der muss auch bezahlen. Das heißt, wenn Aufgaben auf die Gemeindeebene verlagert werden, dann muss auch die entsprechende Finanzierung sichergestellt werden. Dies geht nicht durch zusätzliche Steuerbelastungen für unsere Bürger. Hiermit würden eindeutig die falschen Signale für mehr Wachstum und Beschäftigung gesetzt werden.“

(ae) Was ist für Sie die politisch wichtigste Aufgabe?

„Wir brauchen mehr Mut zu Reformen. Fast alle wissen, dass grundlegende, d.h. strukturelle Reformen und deren rasche Umsetzung notwendig sind. Dies gilt sowohl für das nicht mehr durchschaubare Steuerrecht als auch für die total überlasteten sozialen

Richtig gestellt!

...zur SPD-Behauptung „Kürzung freiwilliger Leistungen“

(ae) Seit Monaten verbreitet die Karlsruher SPD, dass mit den Stimmen von CDU und FDP beschlossen worden sei, die freiwilligen Leistungen z.B. für die Vereine um 20 % zu kürzen. Diese Behauptung, so auch nachzulesen im SPD-Fraktionsreport vom Juni 2003, ist un wahr. Richtig ist vielmehr, dass auf Initiative der CDU beschlossen wurde, dass der gesamte Ansatz der freiwilligen sozialen Leistungen der Stadt Karlsruhe um bis zu 20 % gekürzt werden soll.

Jeder Empfänger freiwilliger Leistungen soll einen neuen Antrag auf Bezuschussung stellen, über den dann erneut entschieden wird. Die Notwendigkeit zu sparen bietet so auch die Chance, die bisherigen Leistungen zu überdenken. Es gibt Bereiche, in denen seit Jahren öffentliche Gelder ausgegeben werden, ob-

wohl die Bedürftigkeit mehr als fragwürdig geworden ist und andererseits für wirklich Bedürftige das Geld fehlt.

Um es klar zu sagen:

Bis heute ist nicht entschieden, wer in Zukunft wie viel bekommen soll. Es ist durchaus möglich, dass z.B. ein aktiver Verein, der deutlich macht, dass er in Zukunft mehr Geld für seine Vereinsarbeit braucht, sogar einen höheren Betrag bekommen kann als bisher. Eindeutig vorbei ist jedoch die Zeit, wo öffentliche Gelder per Gießkanne verteilt werden, ohne eine wiederholte Prüfung der Notwendigkeit von Ausgaben.

Entgegen der Polemik der SPD, dass die grundsätzliche Neubearbeitung nicht praktikabel sei, sind wir überzeugt, dass dieser Weg der richtige und sozial gerechtere ist. Die Alternative der SPD, dass alles so bleiben soll wie es ist, bedeutet angesichts der von Rot-Grün in Berlin verursachten größten Finanzkrise der Gemeinden seit Kriegsende eine Flucht aus der Verantwortung.

zum Schluss noch...

„SPD gegen zusätzliche Kindergartenplätze“

(kw) In der Gemeinderatssitzung am 23. September lehnte die SPD gegen die Stimmen von CDU, FDP und KAL den ersten Nachtragshaushaltsplan zum Haushaltsplan der Stadt Karlsruhe für das Jahr 2003 ab. Darin ist u.a. die Schaffung von Kindergartenplätzen in der Nordstadt vorgesehen, die aufgrund des Zuzugs zahlreicher junger Familien dringend erforderlich ist. Mit ihrem „Nein“ lehnte die SPD auch die zusätzlichen Kindergartenplätze ab.

Warum? Da man den Haupthaushalt für die Jahre 2003/2004 im Februar abgelehnt habe, könne man jetzt dem Nachtragshaushaltsplan nicht zustimmen, so die Begründung der SPD-Fraktionsspitze. Eine sachlich überzeugende Begründung blieb die SPD wieder einmal schuldig. Auf ihrer Flucht aus der Verantwortung, auf der sie sich vor allen unangenehmen Entscheidungen drückt, nimmt die SPD eine „neue soziale Kälte“ in Kauf. Oder haben Dr. Maul und Kollegen den Nachtragshaushaltsplan einfach nur nachlässig gelesen und waren sich nicht bewusst, welche Maßnahmen sie ablehnen?

CDU Fraktion

Nr. 1 November 2003

Informationen der CDU-Gemeinderats-Fraktion Karlsruhe

Redaktion
Elke Schröder (es)
Kerstin Wendler (kw)
Andreas Erlecke (ae)

V.i.S.d.P.
Kerstin Wendler



Ihre **CDU** - Fraktion in Karlsruhe

Sie erreichen uns über unsere Fraktions-Geschäftsstelle:

Fraktionsgeschäftsführerin
Kerstin Wendler
Hebelstraße 13
76133 Karlsruhe

Fon 0721 – 2 95 94
Fax 0721 – 2 86 63

Email
cdu@fraktion.karlsruhe.de

Web
www.karlsruhe.de/gemeinderat/
cdu-fraktion

Termine der CDU-Fraktion

24. November 2003
CDU-Fraktion vor Ort:
Bürgergespräch in der Nordweststadt
ab 20.00 Uhr in der Cafeteria Diakonissenhaus Bethlehem, Friedrich-Naumann-Straße 33

16. Dezember 2003:
15.30 Uhr, Rathaus 50. Plenarsitzung des Gemeinderats

Vorankündigung
19. Januar 2004
CDU-Fraktion vor Ort:
Bürgergespräch in Knielingen
ab 20.00 Uhr im Gasthaus Rose

Information tut Not!

Sehr geehrte Leserinnen und Leser,

die Kommunen in Deutschland befinden sich zur Zeit in der schwierigsten wirtschaftlichen Lage der letzten Jahrzehnte. Reformen und Strukturveränderungen sind unerlässlich, wenn unsere Gemeinden auch morgen noch ihre Kernaufgaben erfüllen sollen.

Leider zeigt die aktuelle politische Debatte, gerade auch in Karlsruhe, dass nicht alle politisch Verantwortlichen den Ernst der Lage erkennen.

Die unsachlichen Angriffe von SPD und Grünen schon im Rahmen der Debatte um die Verabschiedung des Haushaltsplans der Stadt Karlsruhe für die Jahre 2003/2004, aber auch die danach von den genannten Parteien ständig gebetsmühlenartig wiederholten, größtenteils unrichtigen Behauptungen machen es überdeutlich:

In unserer Stadt besteht ganz offensichtlich ein Bedarf an inhaltlicher, präziser und vor allem objektiver Information. Denn nur so wird offenkundig, in welcher prekären Finanzlage sich Karlsruhe – wie übrigens alle sonstigen Kommunen auch – befindet und welche Politik die CDU-Fraktion verfolgt, um diese Situation zu verbessern.

Die Ziele unserer Fraktion stehen fest:

Wir wollen eine Politik, die die Zukunft unserer Stadt sichert und nicht zu Lasten unserer Kinder und Enkel geht. Wir stehen für eine Politik, die klaren Grundsätzen verpflichtet ist und sich an einem christlich-abendländisch geprägten Menschenbild orientiert.

Diesen Zielen dient eine grundsätzliche Haushaltspolitik, eine Politik, die mit Augenmaß die Probleme von heute angeht und uns die Spielräume für morgen erhält. Wir haben uns nicht deshalb der Sparsamkeit verschrieben, weil wir Spaß am Sparen haben, sondern weil wir nur so Handlungsspielräume für morgen erschließen. Wir sehen zur Anpassung der Ausgaben an die Einnahmen keine Alternative. Wer angesichts der aktuellen Finanznöte aller Kommunen der Ansicht ist, so weitermachen zu können wie bisher, befindet sich auf dem Holzweg. Und wer – wie SPD und Grüne – den Bürgerinnen und Bürgern Dinge verspricht, die nicht zu halten sind, handelt verantwortungslos.



CDU-Fraktionsvorsitzender Dr. Klaus Heilgeist

Die CDU-Fraktion setzt auf Verantwortung, auf Argumente statt Agitation, auf Ehrlichkeit statt Blenderei. Denn dies sind wir unserer Stadt und ihren Einwohnern schuldig.

Deshalb wenden wir uns an Sie:

Wir wollen Sie mit unserer Fraktionszeitung über unsere Politik und unsere Ziele mit sachlichen Berichten informieren. Auch werden wir Sie über Details aus unserer Arbeit im Gemeinderat unterrichten und Sie werden erfahren, wann und wo Sie die Fraktion „vor Ort“ erleben können.

Wir freuen uns, wenn unsere Zeitung Ihr Interesse weckt. Für Nachfragen oder Anregungen sind wir dankbar. Gerne nehmen wir neue Leserinnen und Leser in unseren Verteiler auf. Wenden Sie sich einfach an unsere Fraktionsgeschäftsstelle.

Gemeinsam mit Ihnen wollen wir Karlsruhe dahin bringen, wo es hingehört: nach vorne! Deshalb lassen Sie uns gemeinsam sagen: **„Vorwärts Karlsruhe!“**

Mit freundlichen Grüßen

Dr. Klaus Heilgeist
Fraktionsvorsitzender

Gemeindefinanzreform richtig machen!

(ae) Für die Finanzmisere der Kommunen sind neben der allgemein schwierigen Wirtschaftslage zwei Faktoren verantwortlich: die Erhöhung des Bundesanteils an der Gewerbesteuerumlage von 20 auf 28 Prozent und die zunehmende Aufgabenübertragung des Bundes und der Länder an die Kommunen ohne adäquate Gegenfinanzierung.

Bei der Veränderung der Gewerbesteuerumlage wurden die Gemeinden von Rot-Grün über den Tisch gezogen, weil die Gegenleistung des Bundes bei der Modifizierung der Abschreibungstabellen auf halbem Wege stecken blieb und die Gemeinden den ihnen versprochenen Ausgleich nicht erhalten haben. Für Karlsruhe bedeutet dies, dass jährlich über 10 Mio. Euro zusätzlich fehlen.

In diesem Zusammenhang steht die Debatte um die Zukunft der Gewerbesteuer: **Gewerbesteuer erhalten oder abschaffen?**

In der Gemeinderatssitzung am 23. September verabschiedete der Gemeinderat gegen den eindringlichen Appell des CDU-Fraktionsvorsitzenden eine Resolution für einen dauerhaften Erhalt der Gewerbesteuer und die Revitalisierung der Gewerbesteuer. Dr. Heilgeist warnte davor, dass die in der Resolution erhobene Forderung zu kurz greift und für die mittelständische Wirtschaft eine große Belastung bedeutet.

Die fatalen Konsequenzen der Resolution machte Dr. Heilgeist an folgendem Beispiel deutlich:

„Gefordert wird eine Revitalisierung der Gewerbesteuer, d.h. für Zwecke der

Gewerbesteuer sollen Ausgaben für Mieten, Leasing und Zinsen keine Berücksichtigung finden, also nicht als Betriebsausgaben anerkannt werden, und demzufolge der Gewerbesteuer unterliegen. Der Unternehmer muss somit nicht nur 100 Euro für Miete an seinen Vermieter oder als Leasingrate an seinen Leasinggeber oder als Zinsen an die Bank zahlen, er soll zusätzlich dazu in Karlsruhe bei einem Hebesatz von 4,10% zukünftig 12,30 Euro an die Stadt zahlen. Das ist - in klare Worte gefasst - der Sinn dieser Resolution.“

Wer um die Eigenkapitalarmut deutscher Unternehmen weiß, die vor allem eine Folge der hohen Steuerlast in Deutschland ist, wer beklagt, dass auch mittelständische Unternehmen den Wirtschaftsstandort Deutschland verlassen oder insolvent aus dem Wirtschaftsprozess ausscheiden, konnte der Resolution nicht zustimmen.

Die CDU-Fraktion kämpft für eine Stärkung des Wirtschaftsstandortes Karlsruhe. Nur eine starke Wirtschaft kann Arbeits- und Ausbildungsplätze zur Verfügung stellen. Nur in der Folge einer wachsenden Wirtschaft werden sich die Finanzprobleme der Gebietskörperschaften lösen lassen.

Neue Zusatzbelastungen stehen in Widerspruch zu einer Wirtschaftsförderung und treffen vor allem den örtlichen Mittelstand. Wer eine Stärkung der Gemeindefinanzen will, muss bereit sein, ohne Tabus über alle Vorschläge zu diskutieren. Dies gilt auch für eine mögliche Abschaffung der Gewerbesteuer. Deshalb vertritt die im Gemeinderat verabschiedete Resolution einer sinnvollen Reform der Gemeindefinanzen den Weg.



Ein klares JA zur „Kulturhauptstadt Europas 2010“!

(ae) Die CDU-Fraktion unterstützt geschlossen Karlsruhes Bewerbung zur „Kulturhauptstadt Europas“. Im Sommer konnten sich die Stadträte Marianne Krug, Andreas Erlecke und Wolfram Jäger in Graz davon überzeugen, wie die steirische Landeshauptstadt als diesjährige Europäische Kulturhauptstadt gewonnen hat. „Fast 1,5 Millionen Gäste bereits im Sommer, ein internationaler Imagegewinn, der mit Geld nicht aufzuwiegen ist und neue Bauten, die dauerhaft ein Gewinn für Graz sind“ bilanzierte der Kulturhauptstadt-Intendant Wolfgang Lorenz den Erfolg der Grazer.

Mit dem Titel „Kulturhauptstadt Europas“ wird auch Karlsruhe an Ansehen gewinnen. Die entstehende Infrastruktur, neue Gebäude und Parkanlagen werden den Karlsruhern dauerhaft bleiben. Die Finanzierung ist durch Zuschüsse von Bund und Land für Karlsruhe zu schultern. Für die Landesregierung hat Ministerpräsident Erwin Teufel die Unterstützung für Karlsruhes Bewerbung versprochen. Es liegt jetzt an uns. Eine breite Unterstützung durch die Karlsruher Bevölkerung wird uns zum Erfolg tragen. Machen Sie mit!

Soziale Gerechtigkeit bei leeren Kassen? Die CDU will Sozialpolitik mit Herz

(kw) Schon im Rahmen der Haushaltsberatungen im Februar 2003 hatte es die CDU-Fraktion immer wieder auf den Punkt gebracht: Auch die Stadt Karlsruhe kann nur das ausgeben, was tatsächlich vorhanden ist, die Ausgaben müssen an die drastisch gesunkenen Einnahmen angeglichen werden. Und hierzu muss der Sozialbereich – genau so wie der Kultur- und der Sportsektor – seinen Teil beitragen. Natürlich ist dies nicht einfach und Einsparungen sind mit Sicherheit nirgendwo leicht zu kompensieren.

Selbstverständlich ist der CDU-Fraktion bewusst, wie wichtig die Einrichtungen und Leistungen, die die Sozialverbände bereitstellen, für unsere Stadt sind. Uns ist auch klar, welches – vielfach ehrenamtliche – große und unermüdete Engagement die Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter der vielen verschiedenen Dienste erbringen. Aber aufgrund der absolut desolaten Finanzsituation sind Kürzungen auch in diesem Bereich unabdingbar.

Fest stand jedoch von Anfang an: Die Kürzungen werden gerade nicht mit der „Rasenmähermethode“ vorgenommen, auch wenn der politische Gegner dies immer wieder glauben machen will. Zu-

dem erfolgt die Neuverteilung der städtischen Zuschüsse in Zusammenarbeit mit den Verbänden, Vereinen und sonstigen Trägern.

Die CDU-Fraktion befindet sich deshalb in einem ständigen Dialog mit den Vertretern des Sozialbereichs. Denn uns ist daran gelegen, wie Stadträtin Marianne Krug zuletzt bei einem Gespräch mit Vertretern der Liga der freien Wohlfahrtspflege betonte, „Karlsruhe nicht zu einer Stadt der sozialen Kälte werden zu lassen“. Und Stadtrat Günther Rüssel ergänzte: „Strukturveränderungen können auch Positives bewirken. Karlsruhe ist und bleibt eine Stadt der offenen Herzen.“

Marianne Krug



67 Jahre, Oberstudienrätin i.R., Stadträtin seit 1978, seit 1985 stv. Fraktionsvorsitzende. Betreuungstadträtin für Ruppurr.

Schwerpunkte der politischen Arbeit: Soziales, Jugend, Sport, Gesundheit.

Sprecherin im Jugendhilfe-, Sozialausschuss sowie im Aufsichtsrat der Arbeitsförderungsbetriebe und im Stiftungsrat der Heimstiftung; Mitglied im Personal-, Kulturausschuss, Aufsichtsrat der Volkswohnung und des Städt. Klinikums.

Das Aktuelle Interview

Zur Karlsruher Sozialpolitik äußert sich die stellvertretende Fraktionsvorsitzende **Marianne Krug**:

(es) *Wie beurteilen Sie die gegenwärtigen Maßnahmen in der Karlsruher Sozialpolitik?*

Ich kann das auf den Punkt bringen: diese Maßnahmen sind notwendig, und wenn nötig müssen Strukturen verändert werden. In der Regel sind die Maßnahmen aber verkraftbar.

Sie sind Sozialpolitikerin aus Leidenschaft. Wie leben Sie mit den jetzigen Maßnahmen?

Wir müssen damit leben können, weil alle Bereiche jetzt betroffen sind. In Zeiten des knappen Geldes müssen wir neue Wege suchen. Wir müssen die notwendigen Maßnahmen und Projekte bün-

deln. Teilweise müssen wir sogar zugunsten effektiverer Unternehmungen einzelne Dinge zurückstellen.

Wie sehen Sie die „soziale Stadt Karlsruhe“?

Natürlich bleibt die soziale Stadt bestehen! Es werden lediglich die vorhandenen Aufgaben auf mehrere Schultern verteilt und die öffentliche Hand entlastet. Wir haben in den letzten Jahren schwerwiegende gesellschaftliche Änderungen erlebt. Dem tragen wir jetzt im sozialpolitischen Bereich Rechnung.

Soziale Stadt heisst für uns: Denjenigen helfen, die sich nicht selber helfen können; denjenigen, die sich helfen können, Wege weisen und unterstützen für sie tätig werden, aber nicht nur finanziell. Auch Socialsponsoring wäre in diesem Bereich eine vernünftige Perspektive.

CDU - Fraktion vor Ort

in Wettersbach



(es) Nicht nur vor den Wahlen, sondern während der gesamten Wahlperiode ist die CDU-Fraktion in allen Stadtteilen Karlsruhes präsent, so auch am 6. Oktober in Wettersbach.

Diskutiert wurde die Forderung nach einem Fußgängerweg zum Park-and-Ride-Platz am Autobahnanschluss Karlsbad, die Frage der Sicherheit des Radweges nach Wolfartsweier und der Sachstand im Gewerbegebiet Winterrot sowie die Entwicklung des Baugebietes „Ob den Gärten“. Zu den beiden erst genannten Themen hat die CDU-Fraktion inzwischen Anfragen an die Verwaltung gerichtet. Gegenstand des Gespräches waren auch die möglichen Konsequenzen der notwendigen Sparpolitik für Wettersbach. Neben dem Vorsitzenden der CDU-/FWV-Ortschaftsratsfraktion Tilman Pfannkuch, und dem CDU-Ortsverbandsvorsitzenden Dr. Hartwig Schmittner diskutierten Ortsvorsteher Rainer Frank und engagierte Bürgerinnen und Bürger mit den Stadträten der CDU.

(von links) die stv. Fraktionsvorsitzenden Marianne Krug und Bernhard Weick und der Fraktionsvorsitzende Dr. Klaus Heilgeist.



Aus den Stadtteilen

Manfred Bilger zum Thema „Nahversorgungszentrum Oberreut“

„Das Nahversorgungszentrum in Oberreut ist ein stadtteilpolitischer und gemeinderätlicher Dauerbrenner. Die Erstplanung des Investorenehepaares in der Bernhard-Lichtenberg-Straße im Jahre 1992 fand bei der Verwaltung und im Gemeinderat keine Mehrheit. Es musste umgeplant und ein neues Grundstück gesucht und gefunden werden. Am Badeniaplatz wurde geplant. Die Planung war allerdings auf Grund der Nachbarschaftseinsprüche nicht umsetzbar. Alles wieder von vorn. Neues Grundstück und neue Planung. Nun sind wir wieder an der Wilhelm-Leuschner- und der Bernhard-Lichtenberg-Straße. Zwischenzeit-

lich hat das Objekt die Hürden des Planungsausschusses und der Wirtschaftsförderung genommen.

In der Gemeinderatssitzung am 21. Oktober 2003 hat der Gemeinderat den Einleitungs- und Auslegungsbeschluss für das Nahversorgungszentrum Oberreut beschlossen. Ein weiterer großer Schritt in Richtung Verwirklichung ist getan. Vom Investor und Vorhabenträger wurde mitgeteilt, dass bereits ca. 80 % der Gewerbeflächen vermietet oder zugesagt sind. Für die geplanten Wohnungen ist bei der derzeitigen Nachfrage kein Vermietungsrisiko zu erwarten, so dass von einer bereits erfolgten „Belegung“ von ca. 90% ausgegangen werden kann. Hoffen wir auf den baldigen ersten Spatenstich!“

Manfred Bilger

55 Jahre, Kriminalhauptkommissar, Stadtrat seit 1989. Betreuungstadtrat für die Südstadt und Oberreut.

Mitglied u.a. im Planungs- und Personalausschuss, Aufsichtsrat der Volkswohnung, der Karlsruher Versorgungs-, Verkehrs- und Hafengesellschaft GmbH und des Städt. Klinikums.

